

Zahnsteiner Tageblatt

Kreisblatt für den

Einziges amtliches Verfündigungs-

Geschäftsstelle: Hochstraße Nr. 8.



Kreis St. Goarshausen

blatt sämtlicher Behörden des Kreises.

Gegründet 1863. — Fernsprecher Nr. 38.

Erscheint täglich
montags. — Anzeigenpreis
die einspaltige kleine Zeile
25 Pfg., auswärtige An-
zeigen 30 Pfg.

Nr. 145. Druck und Verlag: Buchdruckerei Fr. Schickel (Zuh. Fritz Mohr) Oberlahnstein. Donnerstag, den 10. Juli 1919. Verantwortlich: Schriftleiter Fritz Mohr, Oberlahnstein. 57. Jahrgang.

Amliche Bekanntmachungen.

In Gemäßheit der Kreispolizeiverordnung vom 1. Mai 1902 wird hiermit das Ergebnis der am 23. Juni 1919 Vogel stadtgefundenen Bullenkorung bekannt gegeben.

Der Stierhalter		Signalement der Stiere				Für welche Zeit angesetzt?	Bemerkungen	
Name	Wohnort	Farbe	Alter	Größe	Rasse			
A. Gemeindegewässer.								
1 Klein, Willy	Kuel	rotgelb	2	10	1,42	Lahntrappe	auf 1 Jahr angesetzt	10 M. Prämie
2 Wied, David	Wagel	"	2	2	1,38	"	desgl.	"
3 Wass, Heinrich Karl	"	"	2	4	1,40	"	desgl.	"
4 Wass, Adam	Gasdorf	"	2	5	1,46	"	desgl.	"
5 Wass, Philipp Wilh.	"	"	1	8	1,32	"	desgl.	"
6 Wass, Ir. Phil. Gehr.	Gedlshofen	"	1	10	1,32	"	desgl.	"
7 Schatz, Wilhelm	Gimmighofen	"	2	6	1,50	"	desgl.	"
8 Krämer, Friedrich	"	"	2	7	1,47	"	desgl.	"
9 Krämer, Wilhelm	Oelsberg	"	1	6	1,28	"	desgl.	"
10 Oelshäuser, Karl	Wappertshofen	"	8	—	1,36	"	desgl.	"
11 derselbe	"	"	1	7	1,30	"	desgl.	"
B. Privatgewässer.								
1 Dilsenberger, Philipp	Kuel	rotgelb	1	6	1,25	Lahntrappe	nicht angesetzt	"
2 Oelshäuser, Adam	Wagel	"	1	6	1,27	"	auf 1 Jahr angesetzt	"
3 Ruppmann, Heinrich	"	"	1	7	1,28	"	desgl.	"
4 Wass, Adam	Gasdorf	"	1	6	1,29	"	desgl.	"
5 Riker, Christian	Müchenswei	"	1	8	1,27	"	desgl.	"
6 Schmidt, Anton	Oelsberg	"	1	6	1,28	"	desgl.	"
7 Reinbauer, Emil	Watersberg	"	1	7	1,29	"	desgl.	"

St. Goarshausen, den 4. Juli 1919.

Der Landrat: J. B. Jann.

Regelung des Postpaketverkehrs.

- Das Höchstgewicht der Postpakete ist auf 1 Kg. festgesetzt.
- Das Höchstgewicht der Postkolis ist auf 25 Kg. festgesetzt. Der Verkehr im Innern der besetzten Gebiete und zwischen den besetzten Gebieten und dem nichtbesetzten Deutschland, auf 5 Kg. im Verkehr zwischen den besetzten Gebieten und den alliierten oder neutralen Ländern.

gez.: Monob.

Wird veröffentlicht.

St. Goarshausen, den 7. Juli 1919.

Der Landrat: J. B. Jann.

Abkürzung.

Die Unterlagen der Anträge auf Gewährung von Baufähigkeitszuschüssen aus Reichs- und Staatsmitteln lassen erkennen, daß von den durch die Verordnung zur Behebung der dringenden Wohnungsnot vom 15. Januar 1919 den Bezirkswohnungskommissionen gegebenen Befugnissen bezüglich der Beschaffung der Baustoffe bisher noch recht wenig Gebrauch gemacht wird.

Vor allem bezüglich der Beschaffung des Bauholzes scheint das Bedürfnis, von dem § 9 der Verordnung betr. die Enteignung von Holzbeständen zu angemessenen Preisen Gebrauch zu machen, noch nicht hinreichend anerkannt zu sein, obgleich Einheitspreise von 120, 150, ja von 200 M. für den Kubikmeter Bauholz in Ansatz gebracht werden. Ebenso werden trotz der großen Ziegelnot fast ausschließlich Buntziegel, die nur mit Ziegelsteinen ausgeführt werden können und vielfach nach ihrer Größe und Höhe auch nur in diesem Material herstellbar sind, für Gewährung der Zuschüsse empfohlen und hierbei Preise in Ansatz gebracht, die jede Rücksicht auf Sparbarkeit vermissen lassen.

Die Herren Bezirkswohnungskommissionen erlaube ich daher, auf die Maßnahmen zur Beschaffung billiger Baustoffe nicht nur im Sinne der Verordnung vom 15. Januar 1919 ihr besonderes Augenmerk zu richten, sondern auch darüber hinaus bei der Prüfung der Uebersteuerungsanträge in Erwägung zu ziehen, ob nicht im Verlauf der Verhandlungen über die Prüfung der Uebersteuerungsanträge eine Verbilligung und sparsamere Verwendung der Baustoffe erwirkt werden kann.

Berlin W. 66, den 7. Mai 1919.

Wilhelmstraße 80.

Der Staatskommissar für das Wohnungswesen.

Scheidt.

Wird veröffentlicht um gefl. Beachtung.

St. Goarshausen, den 5. Juli 1919.

Der Landrat: J. B. Jann.

Beginn des redaktionellen Teiles.

Politische Nachrichten.

Die Ratifikation.

Weimar, 9. Juli. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wurde der Gesetzentwurf betreffend

Ratifikation des Friedensvertrages in namentlicher Abstimmung mit 208 gegen 115 Stimmen angenommen.

Rotterdam, 8. Juli. Es verlautet, daß die niederländische Regierung als souveräne Macht gegen diesen Einbruch in ihr Recht protestieren werde.

Die „Times“ meldet aus Washington, daß das amerikanische Publikum sich zu dieser Frage gleichgültig verhält.

Befangene Richter.

Bern, 9. Juli. Sembart ist in der „Heure“ der Ansicht, daß das Londoner Urteil kein rechtes Urteil sein könne, weil die Alliierten als Feinde des ehemaligen Kaisers nicht auch seine Richter sein könnten: „Man könne nicht die Form der allgemeinen Justiz parodieren und den Kaiser wie einen gewöhnlichen Angeklagten vor Gericht stellen. Mindestens müßten in diesem Gericht auch Neutrale sitzen, um ihm den Charakter unparteiischer Gerechtigkeit zu geben. Der Kaiser könne nur von einem deutschen Gericht oder von einem internationalen Gericht eines Völkerbundes, der alle Nationen umfasse, verurteilt werden.“ Sembart schließt, er kenne nur die internationale Gerechtigkeit, die einzige Gerechtigkeit, die über jeden Zweifel erhaben ist.

Geld regiert!

Stockholm, 9. Juli. Union Agentur meldet, daß die ungarische Sowjetregierung lebhaft Verhandlungen mit Moskau unterhält, um ein Bündnis zwischen diesen beiden Sowjetländern herbeizuführen. Zurzeit verlangen die Ungarn die finanzielle Unterstützung Lenins. Zwei Kommissare sind im Flugzeug in Moskau eingetroffen und haben Lenin gebeten, Ungarn Geld zu liefern. Lenin soll nach heftigen Protesten des Finanzministers schließlich eine größere Unterstützung durch Herausgabe ausländischer, besonders englischer und französischer Banknoten gewährt haben.

Bulgarisch-rumänische Differenzen.

Wien, 9. Juli. Das rumänische Pressebüro meldet aus Bukarest: An der Südgrenze der Dobrudscha greifen seit einigen Tagen bulgarische Banden in Militäruniform unsere Grenztruppen an. Die Angriffe führten zu blutigen Kämpfen. Auf beiden Seiten gab es bereits mehrere hundert Tote und Verwundete.

Die Ausstände der Eisenbahner.

Frankfurt (Main), 9. Juli. Aus dem Eisenbahnerstreikgebiet Hannover kommen Nachrichten über den ersten Einfluß des Streikes auf unsere Nahrungsmittelversorgung. — Der den allein in Frankfurt beschäftigten Eisenbahnarbeitern durch die Streiklage entgangene Arbeitsverdienst beläuft sich auf 520 000 Mark.

Keine großheftische Republik.

Berlin, 9. Juli. Der Vorwärts bestreitet energisch die den Politisch-Parlamentarischen Nachr. entnommene Nachricht, daß der heftige Ministerpräsident Ulrich die Gründung einer großheftischen Republik betreibe. Diese Meldung stellte die Tatsache auf den Kopf. Alle von Ulrich unternommenen Schritte seien in enger Fühlung und im völligen Einvernehmen mit der Reichsregierung geschehen. Es beständen keine Loslösungsabsichten, sondern im Gegenteil erstrebe Ulrich die Erhaltung sämtlicher heftischen Gebiete beim Deutschen Reich.

Verschiedene politische Nachrichten.

Die Erhöhung der Eisenbahntarife.

Berlin, 9. Juli. Wie das Berl. Tagebl. aus Weimar erfährt, befindet sich unter den neuen Finanzprojekten auch ein Vorschlag auf Erhöhung der Eisenbahntarife für Personen und Güter, die als Reichsabgabe erhoben werden soll, bis der Plan der Reichseisenbahn verwirklicht sein wird.

Nach einer Meldung des Polenblattes „Napozob“ hat die Verfassungskommission des polnischen Landtags sich endgültig für die republikanische Staatsform entschieden. Der Staat heißt „Republik Polen“. In der Verfassungskommission wurde die Teilnahme am Völkerbund abgelehnt.

Die Nationalversammlung.

Weimar, 8. Juli.

Am Ministertisch: Bauer, Erzberger und andere.

Die erste Beratung der Steuergeetze.

Reichsfinanzminister Erzberger: Der hinter uns liegende Weltkrieg ist der erfolgreichste Schrittmacher des Weltkonkurses. In der schwersten Stunde des Deutschen Reiches habe ich so das schwerste Nestort schweren Herzens übernommen. Aber ich erhalte auch die Mitarbeit aller derer in diesem hohen Hause, die mit mir darin einig sind, daß es jetzt nur eine Aufgabe gibt: aufzubauen.

Darum ist die erste Arbeit beim Wiederaufbau eine grundlegende Finanzreform, ein wohlüberdachtes System gerechter Steuererteilung. Der Friede wird über kurz oder lang ein Sinken der Preise bringen. In diesem Augenblick laun die neue Steuerlast eher dahinsinken geschoben werden, als wenn unser Wirtschaftsleben wieder in Ordnung gekommen ist und dann durch neue Steuern schwer erschüttert werden müßte.

Keine Rettung bringt der Staatsbankrott, denn Staatsbankrott ist heute Volksbankrott im Innern und nimmt Deutschland in Gefahr. Die Vorkämpfer der Annulierung der Kriegsanleihe oder Verkündung des allgemeinen Bankrotts mache ich nicht mit.

Der Zinsendienst für unsere Kriegsanleihe muß gesichert sein, da die deutsche Kriegsanleihe von den breitesten Volksschichten aufgebracht ist. Gerechtigkeit im gesamten Steuerwesen zu schaffen, ist mein oberstes Ziel. Gerechte Steuern stellen eine rasch wirkende vorzügliche Sozialisierung dar; sie treffen alle und haben eines voraus; die private Initiative bleibt bestehen, der begründete Eigennutz sucht nach höchster Einnahme. Der erzielte Ueberfluß wird aber zum erheblichen Teil wieder im Wege der Steuer für die Volksgemeinschaft abgenommen.

Der ehemalige Finanzminister und leistungsfähigster aller Finanzminister, Staatsminister Helfferich, hat dieser Tage von den innern Mächten der Forderung gesprochen, die die Katastrophe des moralischen und nationalen Zusammenbruchs verschuldet haben. Er hat es unterlassen, hierbei jene unheilvolle Wirtschaftspolitik der damaligen Regierung zu erwähnen, die dem moralischen Siegeswillen des deutschen Volkes so sehr geschadet hat und deren hauptsächlichster Träger er war. Drohend erhebt sich aus dem Zusammenbruch der bisherigen Staats- und Wirtschaftsordnung als extremste Reaktion des verletzten Gerechtigkeitsgefühls der Volksmassen die wahnsinnige, alles zerstörende und negierende Theorie des Bolschewismus. Das Heilmittel gegen diese asiatische Krankheit ist die auf sozialer Gerechtigkeit aufgebaute heilige Ordnung.

Der verstärkte Ruf nach Sozialisierung ist nur das Echo der überkapitalistischen Kriegswirtschaft. Der große Steuerfouderan der Zukunft kann nur das einige Deutsche Reich sein. Die Erhaltung des Reiches war der Preis für die Unterzeichnung des harten Friedens. Drei Steuergläubigern ist der deutsche Bürger ausgesetzt: Reich, Gliedstaat, Gemeinde. Die Einnahmen des Reiches müssen um 900 v. H. gesteigert werden, die der Gliedstaaten und Gemeinden um vielleicht 100 v. H. Die Gemeinsamkeit der Interessen von Reich, Gliedstaaten und Gemeinden wird es mit sich bringen, daß es günstige Steuerinseln in Deutschland nicht mehr geben wird. Der Bedarf des Reiches scheidet sich künftig in: a) Inlandsbedarf, b) Wiedergutmachungen. Die voranschreitenden Jahresausgaben werden sich auf rund 17,5 Milliarden Mark belaufen.

Angesichts unserer Kassenlasten wage ich kaum das Wort auszusprechen, das Wort von der Sparbarkeit. Ich bin fest entschlossen, den Weg der harten Sparbarkeit überall zu gehen. Darum habe ich sofort die von meinem Herrn Amtsvorgänger bereits vorbereitete Parole ausgesprochen, daß vom 1. Oktober 1919 an es keine Pauschkonten und Kriegsfonds mehr gibt. Darum muß auch der sachgemäße Abbau der Arbeitslosenunterstützung ins Auge gefaßt werden; lohnende Arbeit, nicht Arbeitslosenunterstützung ist das Ziel.

Wie soll der Gesamtbedarf für Reich, Gliedstaaten und Gemeinden mit rund 25 Milliarden Mark gedeckt werden?

Die steuerlichen Reichseinnahmen vor dem Kriege betrugen nicht ganz zwei Milliarden Mark, von 1913 bis 1918 sind während des Krieges an neuen laufenden Einnahmen erschlossen worden 4000 Millionen Mark. Hierzu treten an einmaligen Abgaben der Ertrag der Kriegsgewinnsteuer nebst Zuschlag in Höhe von 5,7 Milliarden Mark und die Kriegsteuer für 1918 mit etwa 2 Milliarden Mark. Die Steuerentwürfe sollen dem Reich weitere 1200 Millionen laufende Einnahmen bringen, und ferner einmalige Einnahmen, die eine dauernde Zinsersparnis von 600 Millionen Mark versprechen. Es ist also noch die Summe von mehr als zehn Milliarden Mark zu decken. Zwei neue Steuern nähern sich ihrem Abschluß, die große einmalige Vermögensabgabe und die große Umsatzsteuer.

Eine siebte Gefahr sind die 72 Milliarden schwebende Schuld. Ihre Beseitigung ist eine der dringendsten Aufgaben für mich. Zwei Wege gibt es: Entweder Umwandlung in eine fest fundierte Anleihe oder Tilgung durch große Abgaben, sei es durch die Einziehung sämtlicher Kriegsgewinne, sei es durch die große Vermögensabgabe.

Nun ein Wort zu den neuen Steuern, die dieses Haus beschäftigen. Sie sind nicht mein Werk. Die Steuerentwürfe sind so bemessen, daß der kleine und mittlere Besitz nach Möglichkeit geschont wird. Soweit die Steuer wegen ihrer Höhe nicht aus laufenden Mitteln gedeckt werden kann, wird noch dafür Sorge getragen werden, daß sie auch in anderer Weise als durch Barzahlung entrichtet werden kann. Der Gesamtbetrag der künftigen Steuer ist für das bisherige Reichsgebiet auf etwa 700 Millionen Mark veranschlagt, wovon die Gliedstaaten einen Anteil von 20 v. H. erhalten sollen.

Eine weitere Erhöhung der Belastung des Tabaks unter Verwendung von Steuerzeichen ist unvermeidlich. Der Entwurf rechnet mit einem Gesamtertrag von 750 Mill. M. Die breiten Massen des Volkes warten seit der staatlichen Umwälzung auf das große Opfer der besitzenden Klassen. Pflicht der Besitzenden ist es durch Abkehr von Selbstsucht, Eigennutz und Luxus die Brücke zur sozialen Versöhnung zu schlagen.

Grundlegende Systemänderungen in der Steuerverwaltung werden baldigt der Nationalversammlung unterbreitet. Die Steuerentwürfe selbst können freilich nur die Form geben, Steuern selbst bringen sie nicht. Diese werden nur gebracht durch Arbeit. Ewig wahr bleibt das alte biblische Wort: Der Mensch ist zur Arbeit geboren, wie der Vogel zum Flug. Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen muß der Grundsatz der neuen Deutschen Republik sein. Arbeit ist wahre Vaterlandsliebe. Den Reichtum hat uns der Krieg genommen, um so leidenschaftlicher und energischer wollen wir arbeiten für eine in Gerechtigkeit wieder-aufstehende Heimat und all unser Sorgen und Mühen widmen: dem armen aber gerechten Deutschland. Gerechtigkeit, Arbeit und Vaterland müssen der beständige Dreiklang sein, der das neue Deutschland einludet und dadurch bessere Zeiten anflutet.

Reil (Soz.) Diese Rede ist ein dankenswerter Versuch, die ungeheuerlichen finanzpolitischen Aufgaben, vor denen wir stehen, zu meistern. Sie ist aber zu spät gehalten worden. (Sehr gut!) Hunderte von Millionen sind über die Grenzen geschmuggelt, verschoben, versteckt, verschwunden worden. Die Unruhen der letzten Monate sind reichlich durch diese übergroßen Versäumnisse genährt worden. Das dicke Bündel neuer Steuern, läßt leider die große und kühne Entschlußkraft vermissen. Sie bewegen sich in dem engen Rahmen der bisherigen deutschen Kriegsteuergesetzgebung. Rednet nicht dann eine scharfe Kritik an der deutschen Kriegsteuergesetzgebung. Die Reichs-Verkehrssteuer ist rasch zu erledigen. Die Nachschußsteuer ist für die großen Nachlässe viel zu gering. Die Steuererhebung muß so sein, daß jeder im Volk überzeugt sein kann, daß Gerechtigkeit die Grundlage des Staates ist.

(Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Farbwid (Ztr.): Daß die Spekulationen in Kriegsanleihen in dem Gesetz über die Kriegsabgabe ihren Meister gefunden haben, wird im Volk ungetrübte Befriedigung finden. Man hat im Zusammenhang mit dem Herauskommen dieser Vorlagen von einer Steuerhaft gesprochen. Gerade das Gegenteil ist richtig, man müßte vielmehr von einer Steuerpolitik der verpaßten Gelegenheit sprechen. Die rechte Besteuerung des Volkes sei das oberste soziale Gesetz. (Beifall im Zentrum.)

Schiffer (Dem.) verteidigt sich gegen die Vorwürfe Reils wegen Verschleppung der Steuervorlagen und der daraus entstandenen Schuld an den dem Reich entgangenen Einnahmen. Hinsichtlich der Abwanderung des Kapitals nach dem Auslande habe ich alles getan, was zu machen war.

Ich glaube, der Minister betrachtet selbst diese Vorlagen nicht als ein grundlegendes Steuersystem. Der schwerste Vorwurf, der gegen das alte Gesetz über die außerordentliche Kriegsabgabe zu erheben war, war der, daß dadurch nur das Vermögen, nicht auch das Einkommen herangezogen wurde. Der Sparere dar nicht ebenso behandelt werden wie der Schieber und Schleihhändler. Bei der Besteuerung der Vermögen ist in gewissem Rahmen die Entwertung des Geldes zu berücksichtigen. Ohne große indirekte Steuern werden wir nicht auskommen, bei der Gelegenheit aber zugleich die Frage der Erhebung der Zölle in Gold prüfen müssen. Das Kapital dürfen wir bei der Besteuerung nicht zerstören, sondern soweit zu den Steuern heranziehen, wie es mit der Gesundheit unseres Volkes und unseres Wirtschaftslebens vereinbar ist. Gegen die Steuerunehrlichkeit müssen wir alle Mittel anwenden, besonders durch Vervollkommen der Veranlagung.

Darauf tritt Vertagung ein.

Preussische Landesversammlung

Berlin, 9. Juli. Heute brachte die preussische Landesversammlung die Wirtschaftsdebatte zur zweiten Lesung des Handelshaushalts mit zusammenfassenden programmatischen Erklärungen des Ministers zum Abschluß.

Handelsminister Fischel führte unter anderem aus: Der gewerbliche Mittelstand gehört zu den Hauptleidtragenden des Krieges. Dem Staate fällt die Aufgabe zu, ihm diejenige Organisation zu geben, durch die er sich dann aus eigener Kraft emporrichten kann. Wir sind bemüht gewesen, dem Handwerker Rohstoffe zuzuführen, ihm am Herdgerät seinen Anteil zukommen zu lassen, ihm Kredit zu eröffnen. Eine Hauptaufgabe meines Ressorts wird in der Pflege des Genossenschaftswesens liegen, auf dem ja jetzt die früheren Gegensätze ausgeglichen sind. Das Mitbestimmungsrecht des Arbeiters wird angenommen, soweit es in den Grenzen bleibt, daß die Produktionsfähigkeit des Betriebes dadurch nicht gehindert wird. Das Koalitionsrecht wird nicht allein vom Recht auf Streik ausgefüllt; der Streik ist erst das äußerste Mittel und Abwehrmittel nach fruchtlosen Versuchen friedlicher Verständigung. Unterschriebene Abmachungen sind auch ein Bestandteil des Koalitionsrechts, und derjenige handelt gegen das geheiligte Recht der Arbeiterkoalition, der Tarifverträge und Abmachungen beiseite schiebt und willkürlich unter Bruch der Verträge zum Streik greift. Für eine gewisse Zeit des Übergangs können wir des Zwanges nicht entbehren. Auch nötigt uns der Friedensvertrag, in gewissem Umfang die Hand auf die Wirtschaft zu legen. Ich würde den Tag segnen, an dem wir die heutige Zwangswirtschaft abschaffen können. Ob der Weg, die Gebundenheit auf andere Weise, auf dem Wege der Selbstverwaltung, einzuführen, gangbar ist, muß ich dahingestellt sein lassen. Auch sie scheint mir in einen gewissen Zwang auszumünden, auch sie dürfte uns vor dem System des Schleichhandels nicht bewahren. Zu einer Senkung der Preise kommen wir nur, wenn der

Kaufmann um der Konkurrenz willen wieder gezwungen ist, nach Groschen und Pfennigen zu rechnen.

Die Aussprache über die Schule.

Es folgt die erste Lesung der Vorlage auf Abänderung der Zusammenfassung der Schuldeputationen, Schulvorstände und Schulkommissionen.

Geheimrat Goerlich bringt an Stelle des durch die Nationalversammlung in Weimar am Erscheinen verhinderten Kultusministers Dänisch die Vorlage ein und bittet um schnelle Erledigung des Entwurfs.

König (Soz.) ist mit der Vorlage einverstanden. Sie ist dringend notwendig; Verbesserungsvorschläge behalten wir uns vor. Der Grundgedanke der Vorlage ist, daß nur Männer des Vertrauens in die Abordnungen gewählt werden. Genießt der Geistliche das Vertrauen der Gemeinde, so wird er gewählt werden. Genießt er es nicht, so gehört er in die Abordnung nicht hinein. (Unruhe im Zentrum.) Von einer Verletzung religiöser Gefühle kann nicht die Rede sein, vielmehr erleichtert gerade diese Vorlage das Zusammenarbeiten aller Volksschichten. Wir wünschen über die Vorlage hinaus den sofortigen Wegfall des Bestätigungsrechtes. Das Bestätigungsrecht hat früher viel Erbitterung hervorgerufen, weil vielfach die politische Gesinnung den Ausschlag gab, nicht die Tüchtigkeit. (Hört, hört! links.)

Kärup (Zentr.): Das Gesetz richtet sich gegen jeden Einfluß der Kirche auf die Schule. Es will den Zustand beseitigen, daß der Geistliche von Amts wegen der Schulabordnung angehört. Er soll sich einer Wahl unterziehen müssen. Nun ist ja anzunehmen, daß der Geistliche in den meisten Fällen das Vertrauen genießt und gewählt werden wird. (Zurufe links: Na also!) Aber diese Einschränkung wird neuen Jähzorn unter die gläubigen Volksmassen werfen. (Sehr richtig im Zentrum.) Wir können der Vorlage so nicht zustimmen (Zuruf links: Regierungs-partei!) Auch wenn wir in der Regierung sitzen, haben wir das Recht, uns gegen Vergewaltigungen zu wehren. (Sehr richtig im Zentrum. Lärm links.)

Wir bedenken der schweren Sorgen christlicher Eltern. Die Kinder gehören nicht in erster Linie dem Staat. (Hört, hört! links.) Die Schule ist gewiß eine staatliche Einrichtung, aber sie muß auch eine Hilfsanstalt der Kirche. (Unruhe links.) Der Geistliche gehört in alle Schulabordnungen hinein, damit der Einfluß der Kirche erhalten bleibe. (Sehr richtig rechts. Widerspruch links.) Dieser Grundsatz wird jetzt durchschert und daher der ungeheure Sturm unter den christlichen Volksmassen. (Sehr richtig rechts und im Zentrum. Widerspruch links.)

Die alten Rechte der Kirche dürfen nicht mit einem Federstrich beseitigt werden. Wir müssen fordern, daß im Ausschuss eine Form gefunden wird, die auch der Minderheit gerecht wird, sonst lehnen wir das Gesetz ab. (Hört, hört! links.) Auf kulturellem Gebiet ist von Verständigung wenig zu merken. Der dringend notwendige innere Friede ist schwer gefährdet, wenn das so bleibt. (Unruhe links.) Die Geseinnungsgemeinschaft mit unsern Landsleuten in den gefährdeten Bezirken des Westens wird damit einer starken Belastungsprobe ausgesetzt. (Zustimmung im Zentrum. Stürmisches Hört, hört! links.) Auch weite Kreise der sozialdemokratischen Wähler wollen von einer schnellen Erledigung dieser Frage nichts wissen. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Wir sollten jetzt andere Sorgen haben als überstürzte Reformen in der Schulpolitik. Schließlich protestieren wir gegen einen Artikel im Vorwärts vom Sonntag, überschrieben: „Expresstypus des Zentrums.“ (Hört, hört! im Zentrum.) Dort wird gesagt, daß das Zentrum die höchste Not des Vaterlandes für seine kirchlichen Zwecke auszunutzen suche. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das sind nichtsnutzige und haltlose Verdächtigungen. Wir wehren uns nur gegen eine Beseitigung alter begründeter Rechte. (Zuruf links: Vorrecht!) Im demokratischen Volkstum muß Freiheit auch für die gläubigen Teile des Volkes herrschen. (Beifall im Zentrum.)

Glühender Lorbeer.

Roman von A. Seyffert-Klinger.

281 (Nachdruck verboten.)

„Das Bild —“ Ein Teil der Last, die Beestow zu Boden drückte, wich. Seine Züge belebten sich wieder. „Du hast recht, wenn ich rastlos arbeite — rastlos, das ist das rechte Wort für mich, dann — ein Aufschlupfen erstreckte seine Stimme — „kann noch alles gut werden.“

„Was seid ihr Künstler doch für seltsame, ungreifliche Menschen, immer zur Selbstquälerei, zum Zweifeln und Verzagen geneigt. Danke nur dem Himmel, daß du eine so tapfere, energische Frau bekommen hast.“

So redete Thunelda noch lange auf ihren Mann ein, und er tat ihr den Gefallen, ließ sich scheinbar aufrichten und zeigte ihr ein zuversichtliches Gesicht.

Als sie aber gegangen war, überkam ihn der Jammer mit verdoppelter Gewalt. Freilich war er nicht geneigt, sich demselben hinzugeben.

Handeln — handeln!

Wenn er mit eisernem Fleiß sein Ziel verfolgte, konnte er erreichen, was Linden war.

Doch bis dahin — wer weiß, ob das Bild gekauft wurde? Sollte er wieder und wieder von dem Geide seiner Frau die Miete für das Atelier bezahlen?

Etwas mußte geschehen, wodurch er bares Geld einbekam. Lange grübelte er vergeblich, dann durchzuckte ihn blyartig ein Gedanke, für den er sich begeisterte.

Er wollte eine Malkunst gründen. Wenn er damit Erfolg hatte, kam er wenigstens aus seiner Abhängigkeit heraus.

Je länger er nachdachte, um so besser gefiel ihm diese Idee. Er besaß eine ausgezeichnete Technik, hatte viel gelernt, und seine Kenntnisse reichten bei weitem aus, um junge Talente heranzubilden.

Sein vergräutes Gesicht glättete sich ein wenig. Wenn der dumpfe Druck, welcher auf seinem Leben lastete, noch einmal weichen könnte, das Glück wäre nicht auszubedenken.

Marion kam herein und betrachtete das Bild, Ihre Augen leuchteten. „Das hast du gut gemacht. Reinhold! Ich bin noch so überrascht, daß ich dir nur die paar Worte sagen kann.“

Er drückte ihre Hand. „Du hastest mich aufgegeben.“

„Ja, verzettelt mir! Du hast mir ja so furchtbar leid getan. Ich konnte dein Leid nicht mehr mit ansehen, drum kümmerte ich mich um deine Arbeit nicht weiter. Ich glaubte auch nicht, daß, wenn die Gestaltungsarbeit so unendliche Mühe macht, doch zuletzt eine Arbeit gelingen kann.“

„So viel Teilnahme hattest du, Marion, ich weiß nicht, wie ich dir dafür danken soll. Vor allem aber bin ich stolz darauf, daß mein Bild dir gefällt.“

„Und wie es mir gefällt! Nur weiter auf diesem Wege, mein Freund, dann wirst du dir auch noch echte Lorbeeren erringen, die nicht wie glühende Kohlen brennen!“

Sie war hinaus, ehe Reinhold ihre Worte so recht begriff. Dann packte ihn ein Schwindel. Nun war jeder Zweifel für ihn ausgeschloffen. Marion wußte um seine Schuld. Durch wen? Kannte sie Linden? ...

14. Kapitel.

Bald darauf prangte das Bild in Frau Beestows Salon, ein paar Tage nur; denn es sollten verschiedene Kunstausstellungen damit besetzt werden.

Wieder war es kurz vor der Reisezeit, einer der letzten Teesabende der Hausfrau; sie hatte aber auch Einladungen ergehen lassen, außerdem pflanzte sie unter den Bekannten die Kunde, daß Beestow ein neues Werk vollendet habe, bald von Mund zu Mund fort.

In fiebernder Erwartung sah Marion dem Tage entgegen. Würde Lindorff kommen, und wie sein Urteil lauten? Ihre Gedanken ließen nicht ab von ihm, sie

glaubte, ihn durch diese Art Hypnose herbeiziehen zu können. Ihr war so unendlich viel an seinem Erscheinen gelegen.

Wenn man ihm von dem Bilde erzählte, würde er die Achseln vielfachend zucken. „Wer einmal lügt“ ...

Es war ein Abend wie alle anderen, und doch von einer besonderen Weihe durchweht. Frau Thunelda verstand es, ihre Festabende reizend und interessant zu gestalten.

Heute aber glänzte sie wieder einmal, eine unsichtbare Glorie schien sie zu umschweben, sie strahlte Glück und Wärme aus.

Biel seine, schlichte und geistvolle Menschen waren gekommen, und alle feierten mit begeistertsten Worten das Bild, mit oder ohne Verständnis, die Herzen gewann es sich, und das war die Hauptsache.

Hatte Beestow auch Lindens glänzende Technik nicht erreicht, so wurde dieser Mangel durch das reizende Sujet ausgeglichen.

Auf einem Thron von duftenden Blüten ruhte die Maienkönigin, die Frühlingsfee. Aus rosigen Wolken warfen Amoretten ihr Blumen zu, die sie mit vollen Händen ausstreute über Arme und Reiche, Gläubige und Ungläubige; alle schauten verklärt zu ihr empor. Biel hübsches war an dem Bilde zu bewundern, das Schönste aber die holde Fee-Marion, umflossen von dem Zauber süßer, rührender, allerbarmender Schönheit.

Diesmal stand das Bild ganz frei, kein Bandtschirm, keine Draperie in der Nähe. Nur seitlich an der Wand ein Palmenarrangement; niemand konnte vermuten, daß dahinter sich ein Plaz befand, der durch eine unauffällig gezogene Gardine von grüner Seide verdeckt wurde.

Und doch war es so. Ein schmaler Sitz, von dem aus man beobachten und belauschen konnte, war vorhanden. Auf diesem sauerte seit einigen Minuten Marion.

(Fortsetzung folgt.)

Aus Nah und Fern.

Mainz, 9. Juli. Die Bewertung der Stadtleihen im besetzten Gebiet. Ein Vorgang, der in ausgeprägtem Maße die Beurteilung der Stadtleihen im besetzten Gebiet kennzeichnet, ist bei der jüngsten Aproz. Anleihe der Stadt Mainz im Betrag von zehn Millionen zu verzeichnen. Nicht allein, daß, wie berichtet, die am 3. Juli angelegte Anleihe ein so starkes Interesse fand, daß sie bereits nach einem Tag erheblich überzeichnet war und geschlossen werden mußte, die Anleihe, deren Zeichnungspreis 94 1/2 % betrug, hat vielmehr in den wenigen Tagen bereits eine Kursbesserung auf 97 Proz. erfahren.

Herborn, 9. Juli. Tod auf den Schienen. Zwischen der hiesigen Station und Burg wurde der Baununternehmer Gries aus Herborn bei der Befichtigung von Bahn-erweiterungsarbeiten von dem Gießen-Siegener Schnellzuge überfahren und getötet.

Bad Homburg v. d. H., 9. Juli. Unerlaubter Börsenhandel. Der Rentant der Homburger Filiale der Nassauischen Landesbank, Schneider, wurde von der Polizei verhaftet, da er sich des Vergehens gegen das Gesetz über das Verbot des Agiohandels schuldig gemacht haben soll. Die Anzeige gegen Schneider war von auswärtig eingelaufen. In der Wohnung Schneiders wurde ein größerer Geldbetrag in Reichsmarkenscheinen vorgefunden. Das Amtsgericht hat, da ein Fluchtverdacht nicht vorliegt, den Rentanten vorläufig wieder auf freien Fuß gesetzt.

Flörsheim a. M., 9. Juli. Ein schwerer Diebstahlsfall ist aus hiesiger Gemeinde zu berichten. Unbekannte Diebe brachen des Nachts in den Maschinenraum der chemischen Fabrik Nassovia (G. m. b. H.) ein und stahlen einen großen Dynamomotor. Die Fabrikleitung hat zur Ermittlung der Diebe eine Belohnung von 300 M. ausgesetzt.

Fulda, 9. Juli. Die diesjährige Fuldaer Bischofskonferenz tritt am 19. August zusammen.

Von der Unter Mosel, 9. Juli. Seit einiger Zeit machte ein ganz geriebener Schwindler die Dörfer hier an der Mosel unsicher. Er suchte alle Leute, die Wein zu verkaufen hatten, auf und bot ihnen für das Fuder hohe Preise, bedeutend höhere als bis jetzt erzielt worden sind. Er hat sich hohe „Vermittlungs-Provisionen“ zahlen lassen. Endlich gelang es aber, ihm sein Handwerk zu legen, nachdem er in verschiedenen Dörfern, wie in Lehmen, Niederfell, Oberfell usw. große Freude unter die Finger gebracht hatte und sonst sehr gute Menschenkenner durch sein Auftreten täuscht hatte. Er gab an, für die Fa. Houth in Bernkastel aufzukaufen, was aber bei näherer Feststellung sich als Schwindel erwies. Darauf wurde die Hilfe der Polizei in Anspruch genommen und der Schwindler, der sich als Dietz aus Wehlen ausgab, in Allen festgenommen.

Trier, 9. Juli. Die letzte Stadtverordnetenversammlung lehnte in der Lohnhöhungsfrage der städt. Arbeiter den Spruch des Schlichtungsausschusses ab und nahm für die Elektrizitäts-, Gas-, Wasserwerks- und Straßenbahnarbeiter eine von den zuständigen Kommissionen ausgearbeitete Lohnordnung an, die bis an die äußerste Grenze der Leistungsfähigkeit der städtischen Betriebe geht.

Düsseldorf, 9. Juli. Die hiesige Reichsbankstelle ist nach Zeitungsmeldungen durch einen gefälschten Scheck um 300 000 Mark geschädigt worden. Wie wir dazu erfahren, spielt die in Bankkreisen schon lange bekannte Angelegenheit bereits seit Anfang Februar d. Js. Tatsächlich ist damals ein Scheck in dieser Höhe von der Reichsbank ausbezahlt worden. Die Reichsbankstelle weiß nicht, ob der Scheck gefälscht oder ob es ein alter war, da alle Belege gestohlen sind. Das Ermittlungsverfahren schwebt noch.

Altena, 9. Juli. Wegen des Ausbruchs einer epidemischen Krankheit wurde unser Ort von jeglichem Verkehr abgesperrt. Diezüge fahren ohne zu halten, durch den Bahnhof, Kraftwagen und sonstige Gefährte werden um den Ort herumgelenkt, Fußgänger dürfen den Ort nicht betreten.

Paderborn, 6. Juli. Infolge der hohen Lebensmittelpreise kam es gestern auf dem Wochenmarkte zu einem scharfen Vorgehen der Volksmenge gegen die Verkäufer, die gezwungen wurden, die Waren zu den festgesetzten Höchstpreisen abzugeben. Ueber Paderborn wurde der verschärfte Belagerungszustand verhängt, ebenso über Dornhausen, wo ähnliche Unruhen ausgebrochen sind.

Ochsenfleisch zu einer Mark das Pfund. Das „Mainzer Journal“ meldet aus Sindlingen. In letzter Woche gab es hier auch einmal in den Metzgerläden marktfreies Ochsenfleisch. Während man nun hier 4 Mark fürs Pfund zahlte, konnte man in dem nur drei Kilometer entfernten Hattersheim dasselbe Fleisch schon zu einer Mark das Pfund haben. Hattersheim gehört überhaupt zu den Orten, denen öfters Gelegenheit geboten ist, billiges marktfreies Fleisch zu erwerben.

Letzte Nachrichten.

Darmstadt, 9. Juli. Das hessische Landesernährungsamt hat die Landesobststelle aufgelöst und damit die öffentliche Bewirtschaftung des Obstes aufgehoben.

Barmen, 9. Juli. Bei den gestrigen Ausschreitungen ist außer dem Artmeisters Weich auch noch das Herrenkleidergeschäft von Hermann Weiß geplündert worden. An drei weiteren Geschäften wurden die Schaufenster zertrümmert.

Hamburg, 9. Juli. Auch die ausländischen Eisenbahnarbeiter im Bezirk Harburg haben beschlossen, morgen früh die Arbeit wieder aufzunehmen.

Berlin, 9. Juli. Die Nachricht, daß die Vermögensabgabe verschoben wird, ist falsch.

Dresden, 9. Juli. Sämtliche Dresdner Kellner sind heute nachmittag wegen Lohnfragen in den Streik eingetreten. Der Bergarbeiterstreik hat sich heute auf fast sämtliche sächsischen Steinkohlengruben ausgedehnt.

Paris, 9. Juli. Der Daily Herald meldet aus London, daß der britische Minister Barnes, Mitglied der Arbeiterpartei, britischer Gesandter in Berlin werden wird.

Paris, 9. Juli. Ueber Paris wird gemeldet: Norwegen hat der Friedenskonferenz eine Note geschickt, worin Schadenersatz verlangt wird für die verlassenen Schiffe und für die Familien der dabei umgekommenen Seeleute.

Paris, 9. Juli. Aus Paris wird gemeldet: Dutafta ist gestern nach Versailles gegangen, um sich dort mit v. Versner zu beraten über die Frage des Austausches der deutschen Kriegsgefangenen gegen deutsche Facharbeiter. Diese Frage wurde bereits vor Unterzeichnung des Friedensabkommens wiederholt in Noten zwischen den alliierten Mächten und der deutschen Abordnung behandelt. Grundsätzlich ist festgestellt worden, daß die Rücksendung der Kriegsgefangenen in demselben Maße erfolgen werde, wie Zivilarbeiter in Frankreich eintreffen.

Paris, 9. Juli. Eine Reihe von Mitgliedern des englischen Unterhauses hat beschlossen, bei der Regierung darauf zu drängen, den Kanaltunnel zu bauen. Es heißt, daß über 300 Mitglieder und verschiedene Minister, darunter auch Lloyd George, für den Bau des Tunnels seien.

Paris, 9. Juli. Nach der Daily News sieht die Regierungsvorlage für die Steinkohlenindustrie eine siebenstündige Arbeitszeit statt acht Stunden vor.

Bern, 9. Juli. In einem ausführlichen Artikel äußert sich das Journal de Geneve anerkennend über den Kurs der inneren Politik der neuen Republik Deutschland und erklärt, die Tatsache, daß das Rätesystem in der Verfassung eingebaut worden sei, als grundsätzlich vorbildlich. Das Blatt sagt: Das Deutsche Reich ist mindestens in der Form das demokratischste Land in ganz Europa oder doch unter den größeren europäischen Staaten.

London, 9. Juli. Im Unterhaus gab Bonar Law bekannt, daß Samstag, der 19. Juli, zum öffentlichen Feiertag für die Begehung der Friedensfeier erklärt werden wird.

Zur Auslieferung des Kaisers.

Paris, 9. Juli. Aus Paris wird gemeldet: Die Erklärung, die Prinz Heinrich der Niederlande einem Mitarbeiter der Londoner Daily News über die Auslieferung des Kaisers gegeben hat, wird in Pariser Kreisen sehr beachtet. Der Prinz hat u. a. ausgeführt: Nachdem Deutschland sich verpflichtet habe, den Kaiser auszuliefern, könne Holland, falls Deutschland selbst die Auslieferung von Holland verlange, nichts anderes tun, als die Auslieferung zu genehmigen. Diese Meinung sieht man in den Kreisen der Friedenskonferenz als ein Angehen dafür an, daß Holland auf Wunsch Deutschlands den Kaiser ausliefern werde. Der Weg sei also jetzt gewiesen; er führe über Deutschland.

„Preussisch“ statt „Königlich“.

Der Minister für Handel und Gewerbe weist in einem Erlaß an die ihm unterstellten Behörden darauf hin, daß die republikanische Staatsform durch das Gesetz über die vorläufige Ordnung der Staatsgewalt in Preußen vom 20. März 1919 ihre geordnete Grundlage erhalten hat. Es erscheine nunmehr notwendig, auf den Siegel- und Stempelabdrücken sowie bei den Inschriften an und in den Dienstgebäuden der preussischen Staatsbehörden das Wort „Königlich“ zu entfernen oder durch das Wort „preussisch“ zu ersetzen. Mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Schwierigkeiten der Material- und Arbeiterbeschaffung, sowie im Interesse der Kostenersparnis soll im allgemeinen von der Beschaffung neuer Amtssiegel und Amtsschilder vorläufig nach Möglichkeit abgesehen werden. Bei der Ausfertigung von Beschlüssen für Beamte ist fortan die Bezeichnung „die preussische Staatsregierung“ als Anstellungsbehörde zu verwenden.

Der Rücktritt Wissells noch nicht entschieden.

Weimar, 9. Juli. Neben den Verhandlungen, die im Plenum vor sich gehen, beschäftigen sich die parlamentarischen Kreise immer noch mit dem Rücktritt Wissells. Er betrifft in erster Linie die sozialdemokratische Fraktion, da Wissell und seine Politik ein Vertrauensvotum des letzten demokratischen Parteitages bekommen haben. Erst nachdem die Fraktion Stellung genommen hat, wird die Angelegenheit zur Entscheidung rief werden.

Wann endigt der Kriegszustand?

Berlin, 9. Juli. Wie die Berliner Börsenzeitung meldet, wird die Frage, welches Datum als Ende des Krieges zu gelten habe, durch eine Verfügung der Regierung gelöst werden. Bald nach der Ratifikation wird der Reichspräsident eine Verfügung über die Beendigung des Kriegszustandes erlassen. Diese Verfügung muß erlassen werden, weil manche Gesetze noch geraume Zeit nach Beendigung des Kriegszustandes Geltung haben.

Die Einigung über die Schulfrage.

Weimar, 9. Juli. Die Verhandlungen zwischen den preussischen Ministern und den Vertretern des Reichsministeriums des Innern und der beteiligten Parteien über die Frage des Schulkompromisses haben zu einer Einigung in Preußen geführt. Die preussischen Minister haben sich zu einer Nachgiebigkeit bereitfinden lassen, die sich dahin äußert, daß die Zuständigkeit in Schulfragen in Preußen von der Landesregierung auf die Provinzialregierung also in erster Linie auf die Provinziallandtage abgehoben werden soll. Es tritt dadurch in Schulfragen eine Autonomie der Provinzen ein, die den konfessionellen Wünschen der betreffenden Bevölkerung Rechnung tragen soll. Die Kompetenzen der Provinzialgesetzgebung werden denselben Einschränkungen unterliegen, die nach dem Schulkompromiß im Reich der Schulgesetzgebung der Einzelstaaten auferlegt worden sind.

Otto (Dem.): Wir stimmen der Vorlage im allgemeinen zu, haben aber Bedenken gegen die Wahl des Schulvorstandes, weil wir nicht glauben, daß auf diese Weise immer der geeignetste Mann zum Vorstand gewählt werden wird. Die Haltung des Zentrums ist ja sehr interessant. Sozialdemokraten, Demokraten, und Zentrum haben die Regierung gebildet und haben sich auf ein Kulturprogramm geeinigt, das im Auftrage dieser Parteien vom Ministerpräsidenten verfaßt worden ist. Wir sind fest entschlossen, an diesem Kulturprogramm festzuhalten.

Gewiß, Sie haben einige Einschränkungen gemacht, aber Sie haben dem nach mäßigen Vorverhandlungen zustandekommenen Programm selbst zugestimmt. Wenn Sie nun heute sagen, daß wir, weil wir an dem Programm festhalten, den inneren Frieden stören, so ist das ein Verstoß, das vielleicht in den Gesichtskreis des Zentrums fällt, für das uns aber das Verständnis fehlt. Gegen die Behauptung, daß die Schule eine Hilfsanstalt der Kirche sei, legen wir schärfste Verwahrung ein. Willigt das Zentrum dieses Wort seines Redners? Die Schule ist in jeder Beziehung gleichberechtigt.

Luttwitz (Dnail): Auch wir wollen nicht, daß die Zugehörigkeit des Geistlichen von dem Zufall der Wahl abhängt. Auch wir wünschen eine weitere ungeschmälerte Einflußnahme der Kirche auf die Schule.

Adolf Hoffmann (U. Soz.) richtet Angriffe gegen das Zentrum. Der Ruhhandel blühe wieder, das Zentrum dröbe mit der Zertrümmerung des Reiches, wenn die Schule nicht der Kirche ausgeliefert werde. Es treibe eine Pressepolitik. (Lärm im Zentrum.) Es fällt schwer zu glauben, daß die Mehrheitssozialisten diesen Ruhhandel mitmachen.

Hallmann (D. Vp.) begrüßt es, daß der Schuldeputation auch Frauen angehören sollen. Die Geistlichen darf man diesen Ausschüssen nicht fernhalten, weil die Kirche ein wichtiger Schulinteressent ist.

Hof (Str.): Wir sind in die Regierung eingetreten unter Anreicherung unserer Parteigrundsätze. Herr Hoffmann zeigt einen fanatischen Haß gegen die Kirche. Leider benützt der Kultusminister die Gelegenheit, um Zündstoff zu legen. Er will anscheinend seiner Fraktion beweisen, daß er der starke Mann und Kulturkämpfer ist.

Neumann, Königsberg, (Soz.): Wenn die Absicht bestünde, die Geistlichen aus den Schuldeputationen usw. hinauszuschleusen, so wäre sie durchaus berechtigt. (Mha! und hört, hört! im Zentrum.) Ist die Schule etwa in dem Sinne eine Hilfsanstalt der Kirche, weil die Kirche selbst sonst nicht lebensfähig ist? Weit deutlicher als bei der Beratung über die Aufhebung der Ortschulaufsicht läßt jetzt das Zentrum seine Absicht hervortreten, die Schule unter die Herrschaft der Kirche zu zwingen. Die Volksschullehrer wollen von der Herrschaft der Geistlichen befreit werden, das Zentrum aber droht mit einem neuen Kulturkampf, bringt sogar die Wipplutterung der gefährdeten Landesteile an. Man soll sich nicht fürchten vor dem schwarzen Mann.

Dr. Friedberg (Dem.) wendet sich gegen Angriffe Hoffmanns auf den demokratischen Redner.

Dr. Rosenfeld (U. S.) fordert die Räterepublik als Uebergang zu einer wahren Demokratie, auch wenn die Landesversammlung darüber zum Teufel gehe.

Frau Voelmann (D. Vp.) bedauert, daß in dieser ernsten Zeit solche Gegenätze zutage treten.

Reinhardt (Str.) warnt davor, die Schule zum Spielball der Parteien zu machen.

Das Gesetz geht an den Ausschuß.

Berlin, 9. Juli. Der Ausschuß für Bevölkerungsstatistik in der preussischen Landesversammlung hat beschlossen, dem Hause den Antrag zu unterbreiten, daß die Bekämpfung, wonach Beamtinnen und Lehrerinnen bei ihrer Verheiratung aus dem Dienste auszuschneiden haben, aufgehoben werde.

Aus Stadt und Kreis.

Oberlahnstein, den 10. Juli.

Von der Post. Auf die Bekanntmachung in heutiger Nummer über die Neuordnung des Postpaketverkehrs wird hingewiesen.

Strunken in der Bahn ist gestern Abend ein Soldat der hier liegenden Besatzungstruppen. Die Leiche wurde geborgen.

Annahme von Kriegsanleihe beim Verkauf entbehrlichen beweglichen Heeresguts. Unter Aufhebung entgegenstehender Bestimmungen ordnet das Kriegsministerium an, daß Kriegsanleihe bei Verkäufen oder Veräußerungen aus Beständen der Heeres- und Marineverwaltung nur noch von solchen Erwerbern — und dies auch nur noch bis auf weiteres — zum Nennwert in Zahlung genommen werden darf, die den unmittelbaren Nachweis liefern, daß die in Zahlung angebotenen Stücke aus ihren eigenen Zeichnungen herrühren. Der Nachweis ist den Stücken beizufügen; er ist gegebenenfalls durch eine eidesstattliche Erklärung der Zeichnungs- oder Vermittlungsstelle unter genauer Nummernaufgabe auf vorzuschreibendem Formular beizubringen. Ein Zwang zur Zahlung mit Kriegsanleihe entfällt in Zukunft. Als Tag des Inkrafttretens der neuen Bestimmung ist der 11. Juni d. J. anzusehen.

Das erste Eisenbetonschiff auf dem Rhein in Mannheim eingetroffen. Das Schiff, das aus in Eisenbeton gebaut ist, hat eine Ladefähigkeit von 100 Tonnen, eine Länge von 24 Metern und eine Breite von 4,20 Metern. Der Antrieb erfolgt durch einen eingebauten Dieselmotor.

Die hiesige Gesangsverein „Cicilia“ Gesangsproben, die in Zukunft wieder regelmäßig stattfinden, abhalten. Der Verein besitzt auch jetzt noch gutes Stimmenmaterial, 36 aktive Mitglieder, und steht unter der Leitung des Herrn Behnke.

Bekanntmachungen.

Die zur Kriegshilfskasse der Stadt Oberlahnstein gezeichneten, am 1. Juli cr. fälligen Beträge bitten wir an unsere Stadtkasse zu zahlen.

Oberlahnstein, den 4. Juli 1919.

Der Magistrat: de Boyz.

Es wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß die Herren

a. Jagdausscher Engel,

b. Johann Nicolay,

beide dahier zu Hilfsbedürftigen bestellt worden sind.

Oberlahnstein, den 7. Juli 1919.

Die Polizeiverwaltung: de Boyz.

Daß Plätten der Blüten von den Lindenbäumen auf dem Schulhofe der Freiherr v. Steinschule und in der Schulstraße vor der Freiherr v. Steinschule ist ohne besondere Genehmigung verboten. Zuwiderhandlungen werden empfindlich bestraft.

Oberlahnstein, den 7. Juli 1919.

Die Polizeiverwaltung: de Boyz.

Einladung zur Stadtverordnetenversammlung
am Freitag, den 11. Juli, nachmittags 6 Uhr
im Rathhause.

Tages-Ordnung.

1. Wahl des Schiedsmanns.
2. Erhöhung des Gaspreises.
3. Erhöhung der Kreissteuern.
4. Vergütung für amtliche Bekanntmachungen im Tageblatt.
5. Aufhebung des Brückengeldes.
6. Wohnungswesen.
7. Mitteilungen.
8. Geheime Sitzung.

Oberlahnstein, den 7. Juli 1919.

Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung:
Dr. Dender.

Die Angehörigen der auf dem hiesigen Friedhof beerdigten Personen haben die Grabflächen und die umliegenden Wege bis zum 20. Juli 1919 von Unkraut und dergleichen zu reinigen. Nicht mehr gereinigte Grabflächen werden nach diesem Termine eingeebnet.

Niederlahnstein, den 4. Juli 1919.

Die Polizeiverwaltung: Rody.

Für den Kohlenkleinhandel

And ab 1. Juli d. J. folgende Richtpreise festgesetzt:

- | | | |
|-----------------|---------|---|
| 1. Britetts | 3,20 M. | je Zentner frei Haus.
Am Bahnhof abgeholt
ermäßigt sich der Preis
um 10 Pfennig. |
| 2. Rußkohlen | 5,40 " | |
| 3. Hausbrand | 4,80 " | |
| 4. Rots | 6,80 " | |
| 5. Bierbriettts | 5,50 " | |

Die Richtpreise sind wie folgt berechnet:

	1. Britetts M.	2. Ruß- kohlen M.	3. Haus- brand M.	4. Rots M.	5. Bier- briettts M.
Grundpreis	415	837	711	1092	851
Fracht	60	75	75	85	75
Gewichtsver- lust	35	60	60	30	60
Abfuhr und Arbeit	30	30	30	30	30
Gewinn	85	85	85	85	85

625 M. | 1087 M. | 961 M. | 1322 M. | 1101 M.

für 10000 kg = 200 Zentner.

Niederlahnstein, den 5. Juli 1919.

Die Ortskohlenstelle.

An die Herren Bürgermeister des Kreises.

Betrifft Kriegsgefangenenheimkehr.

Aus Anlaß der in unmittelbare Nähe gerückten Heimkehr unserer Kriegsgefangenen bitten die unterzeichnete Geschäftsstelle um halbjährige Mitteilung der Namen sämtlicher Kriegsgefangenen in alphabetischer Reihenfolge und bezüglich jedes Gefangenen um gleichzeitige Mitteilung folgender Feststellungen, soweit dies möglich ist:

1. Vor- und Zuname, Geburtsort und Geburtsdatum.
2. Truppenart, zu welchem Bezirkskommando entlassen?
3. Wohnort.
4. Beruf.
5. Letzter Arbeitgeber.
6. Ist bei diesem Arbeit nachgewiesen?
7. Ist sonstige Arbeit vermittelt, was ist vereinbart?
8. Tritt Berufswechsel ein und ist deshalb Arbeitsvermittlung notwendig?
9. Wann hat sich der Gefangene zurückgemeldet?
10. Welche Unterstützung hat er in der oder der Kleidung erhalten?
11. Wie lange ist er mit Gehörlosen beurlaubt?
12. Ist während der Gefangenschaft Böhnung an den Gefangenen oder die Angehörigen bezahlt worden?
13. Ist Kriegsbeschädigung festgestellt oder angemeldet?
14. Werden Versorgungsgebühren beantragt?
15. Sind bei der Dienstverwaltung Ansprüche angemeldet?

Gleichzeitig wird dringend gebeten, durch Schmücken der Häuser und warme Begrüßung den zurückkehrenden Gefangenen in den Heimatgemeinden einen warmen Empfang zu bereiten und schon jetzt die notwendigen Vorbereitungen zu treffen. Soweit die dortigen Mittel zum Empfang nicht ausreichen, wird um Mitteilung gebeten.

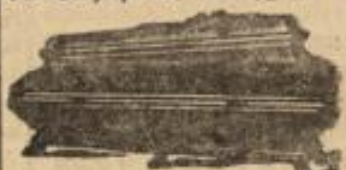
Oberlahnstein, 9. Juli 1919

Geschäftsstelle der Kriegsgefangenenheimkehr

für den Kreis St. Goarshausen:

Sturm, Rechtsanwalt.

Josef Hawel,
Beerdigungsinstitut
N.-Lahnstein, Kirchgasse 4



— Trauerdekoration —
Nebnahme ganzer Beerdigungen
Transporte nach u. von Auswärts.

Neu eingetroffen:
Ein Posten
Hemdenbieber

per Meter 7.50

1322] **Heinr. Schumacher.**

Achtung!

Fahrräder, Nähmaschinen nebst sämtl.
Ersatzteilen, Solinger Stahlwaren
Rasiermesser, Scheren, Taschenmesser etc.

empfiehlt zu billigen Preisen

P. Gerharz, N.-Lahnstein, Johannesstr. 2.

Zum Bedienen einer Sackfräsmaschine

eine Arbeiterin

für sofort gegen hohen Lohn gesucht

Lagerhaus des Mittelrhein.-Nass. Bauernvereins,
Niederlahnstein. [1282]

Spezialist
Bruchleidende
Georg Rohr
Bandagist
COBLENZ
Insulengasse 8.

Bruchbänder

Leibbinden etc.

Jedes System, für alle
selbst die schwersten Fälle
unter Garantie.

Fachmännische und Damen-
bedienung.
Illustrierte Preislisten fr.
Krankenkassen bed. Rabatt.

Kräftiger anständiger

Junge

kann in die Lehre treten
Brot- und Feinbäckerei
Adam Wagner, St. Goarshausen.
Dahier auch ein sauberes,
stilles.

Dienstmädchen

gesucht. [1303]

Tüchtig. Mädchen

welches etwas kochen kann und
alle Hausarbeit versteht, zum 1.
August gegen hohen Lohn gesucht.

Guthaus Cornelius,
Coblenz, Söhrstraße 61.

Zuverlässiges [1312]
Mädchen

zum 15. 7. nach Oberlahnstein
gesucht. Meldung bei Frau de
Boys, Coblenz, Mainzerstr. 93.

Iges. Mädchen

für häusliche Arbeit gesucht.
Niederlahnstein,
1257] **Emserstr. 18.**

Stundenmädchen

gesucht
Niederlahnstein, Rheinstr. 4.

Schneidergeselle

gesucht von **Johann Schick,**
Niederlahnstein.

Rheumatismus

sowie
Magen- und Darmleidenden
schreibe ich gerne umsonst, wie ich
mich von meinem schweren Leiden
selbst befreite. Nur Rückmarke orn.
Hugo Heinemann,
Gornhausen a. 46 b. Oschersleben
(Bode)

Eröffnung.

Den geehrten Einwohnern von Niederlahnstein und Umgebung die
ergebene Mitteilung, daß wir am Freitag, den 11. d. Mts. zu Nieder-
lahnstein, Bahnhofstraße 6a im Hause der Witwe Dastig ein

Schuh-Reparatur- und Maßgeschäft

eröffnen.

Wir verarbeiten nur prima Kernleder. Reparaturen werden bei
billigster Berechnung in einem Tag geliefert.

Maßarbeit wird aufs feinste ausgeführt.

Dietz u. Schneider. [1332]

Bürger Oberlahnsteins und Umgegend.

Alle diejenigen, welche dem Consum- und Spar-
verein Coblenz u. Umgegend, Filiale Oberlahnstein
beitreten wollen, werden gebeten, sich an die unten auf-
geführten, in der Versammlung gewählten Ver-
trauensleute, zwecks Ausfüllung der Beitrittserklärung
wenden zu wollen.

Herrn **Heinrich Roos, Frühmesserstr. 25**

August Alp, Ostallee 27

Franz Huckslein, Burgstr. 20 b

Ernst Denzer, Adolfsstr. 441

Hanni Herchenbach, Mittelstr. 34

Albert Löwenstein, Mittelstr. 151

Peter Born, Braubacherstr. 4

Heinrich Diehl, Mittelstr., Ecke Martinstr.

Hermann Fegge, Wilhelmstr. 491

Franz Kolligs, Wilhelmstr. 14

Heinrich Feyerabend, Mittelstr. 29

Karl Bonn, Burgstr. 26 b

Josef Ludwig, Münchgasse 2.

Nach Aushändigung der Mitgliedskarte sind die
Mitglieder zum Einkauf in den Verkaufsstellen des Con-
sums und Sparvereins Coblenz und Umgegend berech-
tigt bis zur Eröffnung der Verkaufsstelle in Oberlahnstein.

Im Konkurse des Landw. Wilh. Opel

von Marienfels ist die Schlussverteilung genehmigt. Nach
dem auf der Gerichtsschreiberei des Amtsgerichts Rastatt
niedergelegten Verzeichnis betragen (die zu berücksichtigenden
Forderungen 1500 Mark 39 Pf. während der verfügbare
Maffenbestand 23 Mark 64 Pf. beträgt.

St. Goarshausen, den 8. Juli 1919.

1307] **Justizrat Pannembeker, Rechtsanwalt u. Notar.**

„Caxo“ für schmerzhaft

und müde Füße!

Nichts kann „Caxo“ übertreffen wenn die Füße
schmerzen!

Keine müden Füße mehr! Keine brennenden Füße mehr!
Keine geschwollenen Füße mehr! Keine Schweißfüße mehr!
Keine Schmerzen mehr von Hühneraugen harter Haut, Blasen!
Ganz gleich woran ihre Füße leiden oder was auch alles
in der Welt Sie erfolglos versucht haben mögen, gebrauchen
Sie nur einmal „Caxo“. „Caxo“ ist die einzige Fußtablette, die
alle giftigen Ausschwitzungen die ihre Füße aufwachen, heraus-
zieht. „Caxo“ macht Ihrem Fußleiden ein Ende, sobald Sie
niemals mehr lahmen oder Ihr Gesicht schmerzhaft verzerrt
werden. Ihre Schuhe werden Ihnen nicht mehr enge erscheinen
und ihre Füße werden Ihnen nie, nie mehr wehe tun oder wund
werden und anschwellen. Denken Sie nur einmal, keine Fußleiden
mehr, keine Qual von Hühneraugen, harter Haut oder Blasen.

Verschaffen Sie sich von irgendeinem Apotheker, Drogerie
oder Parfümerie eine Schachtel „Caxo“ für 1.— Mk. Warten
Sie nicht länger! Ah! Wie zufrieden Ihre Füße sein werden!
Wie behaglich Sie sich in Ihren Schuhen fühlen werden! Sie
können Ihre Schuhe wahrscheinlich eine Nummer kleiner tragen
wenn Sie wünschen! Wenn Ihr Drogerie „Caxo“ nicht vorräthig
hat, dann schicken Sie bitte eine Postkarte an Handelsgesell-
schaft „Noris“ Zahn & Co., Köln a. Rh. und sagen Sie: Schicken
Sie mir gegen Nachnahme eine Schachtel „Caxo“ und die Post
wird Ihnen das kostbarste Paket bringen, das Sie je erhalten haben.

Die 3 C. M. Regiment 77 hat

60 bis 80 Kubikmeter

Mist

abzugeben. Angebote sind auf dem Geschäftszimmer
Martinstrasse No. 2 Oberlahnstein einzureichen. [1308]

Sensen, Sichel

Frucht- u. Safferresse

empfiehlt
Georg Phil. Glos Inh. C. Gommer

Braubach.

Zigarren

Prodehundert zu 40, 45, 50 und 60 M. sofort lieferbar.
A. Straub, Dloz a. d. Lahn.